

Beihilfekasse der Stadt Köln

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012

1. Allgemeines

Geschäftsgrundlage der Beihilfekasse der Stadt Köln ist die Satzung in der jeweils aktuellen Fassung. Im Berichtsjahr war dies die Fassung vom 25.11.2011.

Wesentlicher Bestandteil der Finanzierung der Kasse sind monatliche Umlagezahlungen, deren Höhe jährlich gleichzeitig mit dem jeweiligen Wirtschaftsplan der Beihilfekasse durch Ratsbeschluss festgesetzt wird.

Für das Wirtschaftsjahr 2012 erfolgte ein entsprechender Beschluss mit folgenden Umlagesätzen:

- 8,07 % für Beihilfen Beamtinnen und Beamte
- 0,08 % für Pflegeversicherung Beamtinnen und Beamte
- 0,12 % für Beihilfen Beschäftigte.

Die Umlagesätze werden von den jeweiligen Dienstbezügen (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung) berechnet.

Gleichzeitig wurde für die Finanzierung von Beihilfen an Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen ein Gesamtbetrag von 19.953.785,00 Euro beschlossen.

2. Geschäftsverlauf

Die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Beihilfekasse erfolgen gemäß § 15 Absatz 2 der oben genannten Satzung entsprechend den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

Der für das Wirtschaftsjahr 2012 aufgestellte Jahresabschluss schließt in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Fehlbetrag in Höhe von 421.726,75 Euro ab. Dieser wird mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 2.107.601,83 Euro verrechnet.

Aus der nachfolgenden Übersicht sind die Abweichungen gegenüber dem Erfolgsplan 2012 erkennbar.

	Ergebnis 2012 ger. Euro	Erfolgsplan 2012 ger. Euro	Abweichung ger. Euro
Umlagen	33.836.989	34.286.730	-449.741
Andere satzungsmäßige und sonstige betriebliche Erträge	858.365	1.095.372	-237.007
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.527	17.500	2.027
	34.714.881	35.399.602	-684.721

Beihilfeaufwendungen	32.916.627	32.870.580	46.047
Personalaufwand	1.621.027	1.605.157	15.870
Abschreibungen	33.461	16.000	17.461
Sonstige betriebliche Aufwendungen	565.493	907.865	-342.372
	35.136.608	35.399.602	-262.994
Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-421.727	0	-421.727

Die Beihilfezahlungen an Lehrerinnen und Lehrer sowie die Rückzahlungen zurückgeforderter überzahlter Beihilfen von Lehrerinnen und Lehrern werden vollständig vom Land NRW erstattet beziehungsweise mit diesem verrechnet. Die Rückzahlungen zurückgeforderter überzahlter Beihilfen von Beihilfeberechtigten selbstzahlender Eigenbetriebe, Sondervermögen und Eigengesellschaften werden an die auszahlenden Stellen zurückgeführt. Diese Abwicklung für fremde Rechnung ist daher als durchlaufender Posten nicht in der Übersicht enthalten.

Die tatsächlich entstandenen Beihilfeaufwendungen überschreiten den im Erfolgsplan kalkulierten Gesamtansatz lediglich um rund 46.047 Euro. In der Gesamtkalkulation zeigt sich ein sehr gutes Ergebnis, auch wenn sich in der Einzelbetrachtung bei den Versorgungsempfängern und aktiven beschäftigten Abweichungen ergeben haben.

	Ergebnis 2012 ger.Euro	Plan 2012 ger.Euro	Ergebnis 2011 ger. Euro
<u>Beihilfeaufwendungen</u>	<u>32.916.627</u>	<u>32.870.580</u>	<u>32.058.402</u>
Versorgungsempfänger	19.718.688	19.129.630	18.787.184
Aktive Beamte und Beschäftigte	13.197.939	13.740.950	13.271.218
<u>Umlagen</u>	<u>33.836.989</u>	<u>34.286.730</u>	<u>35.659.751</u>
Versorgungsempfänger	19.953.785	19.953.785	20.543.776
Aktive Beamte und Beschäftigte	13.883.204	14.332.945	15.115.975

Die Entwicklung von Beihilfeaufwendungen ist aus der Natur der Sacher heraus nur bis zu einem bestimmten Grad vorab kalkulierbar, da das entstehende Kostenvolumen letztlich durch den Eintritt beziehungsweise den Verlauf von Krankheitsfällen bedingt wird. Im Wirtschaftsplan wurde eine moderate Kostensteigerung, die die durchschnittliche Steigerung der Beihilfeaufwendungen in den vergangenen Jahren berücksichtigt, einkalkuliert und dem bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans erwarteten Beihilfevolumen des Jahres 2012 hinzugegerechnet. Die Höhen der Beihilfeumlagesätze für das Jahr 2012 wurden aufgrund des Vorjahresergebnisses nach unten angepasst. Insgesamt konnte das Umlagenziel jedoch nicht vollständig erreicht werden, da die tatsächlichen Personalaufwendungen für die Beamten und Beamtinnen geringer als die kalkulierten Aufwendungen waren.

Rückstellungen für künftige Beihilfeleistungen wurden im Berichtsjahr in Höhe von 1.389.000 Euro gebildet.

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Ist liegen um 237.007 Euro unter dem Planwert. Erfahrungswerte lagen bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans nicht vor, so dass die voraus-

sichtlichen Erträge nur geschätzt werden konnten. Die in 2012 noch nicht realisierten Erträge sind in 2013 zu erwarten.

Darüber hinaus verweigert ein Pharmaunternehmen die Zahlung von Arzneimittelrabatten. Eine gerichtliche Klärung wird in diesem Punkt noch herbei geführt. Die Beihilfekasse hat inzwischen den Beitritt zu einer Musterprozessvereinbarung erklärt. Sollte der Bundesgerichtshof die Rechtmäßigkeit der Rabattforderung bestätigen, ist das Pharmaunternehmen zur Erstattung des ausstehenden Betrages in Höhe von derzeit rund 46.000.-- Euro verpflichtet.

Die Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge fallen gegenüber dem im Erfolgsplan kalkulierten Ansatz trotz des erzielten Überschusses nur um 2.027 Euro höher aus. Soweit Liquidität vorhanden war, wurde diese mangels bestehender und genehmigter Richtlinien für die Kapitalanlage auf dem Girokonto bei der Sparkasse KölnBonn vorgehalten. Die Verzinsung des Guthabens schwankte im Jahresverlauf 2012 von 0,0786 bis 1 Prozent. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus wären Tages- beziehungsweise Termingeldanlagen auf dem Markt zu einem höheren Zinssatz nicht möglich gewesen.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten außer den Aufwendungen für Bürobedarf, Kommunikation und Dienstleistungen auch Aufwendungen für EDV. Diese Aufwendungen für EDV sind im Vergleich zum Vorjahr zwar um 82.182 Euro gestiegen, allerdings ist gegenüber dem Wirtschaftsplan ein Wenigeraufwand von über 284.828 Euro entstanden. Die Umstellung auf das Abrechnungsverfahren BeihilfeNRWplus ab Mitte Juni 2012 erfordern nunmehr das Einscannen sämtlicher Belege und haben auch im übrigen zu veränderten EDV Bedingungen und damit verbundenen Kosten geführt. Entsprechende Mehraufwendungen im Plan sind insofern einkalkuliert worden. Die Abrechnungen für diese EDV Kosten liegen jedoch auch zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung 2012 noch nicht abschließend vor und sind weiterhin nicht genau kalkulierbar, so dass ein Teil der gebuchten Aufwendungen weiterhin auf aktualisierten Schätzungen basiert. Zwischenzeitlich ist jedoch davon auszugehen, dass die im Plan angesetzten Mehraufwendungen nicht vollständig zum Tragen kommen.

Insgesamt liegt der Gesamtbetrag der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 342.372 Euro unter dem im Erfolgsplan ausgewiesenen Betrag.

3. Personalaufwand

Zum Stand 31.12.2012 waren bei der Beihilfekasse insgesamt 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, davon 11 in Teilzeit.

Im zentralen Bereich der Dienststelle 1100 nehmen zum Bilanzstichtag darüber hinaus 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben Aufgaben für die Zusatzversorgungskasse auch solche für die Beihilfekasse wahr. Der auf die Beihilfekasse entfallende Beschäftigtenstand beträgt umgerechnet auf Vollzeitstellen 5,08.

Unter Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigungen und der Beschäftigungsanteile im zentralen Bereich der Dienststelle 1100 ergibt sich umgerechnet auf Vollzeitstellen zum 31.12.2012 ein Beschäftigtenstand (Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte, ohne Auszubildende) von 30,13. Dies sind 1,26 Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte weniger als zum Vergleichszeitpunkt des Vorjahres.

Die Personalaufwendungen werden durch das Personalamt der Stadt Köln ausgezahlt. Die Beihilfekasse erstattet dem Personalamt die Aufwendungen in entsprechender Höhe.

Der Aufwand im Vergleich zum Vorjahr konnte trotz einzukalkulierender Tarifsteigerungen und sonstiger zu berücksichtigenden Kostensteigerungen aufgrund verschiedener unbesetzter Stellen und organisatorischer Veränderungen, die insbesondere im Zusammenhang mit der räumlichen Zusammenlegung der Dienststelle 1100 im Jakordenhaus realisiert werden

konnten, nahezu unverändert zum Vorjahr gehalten werden. Der Personalaufwand beinhaltet den Zuführungsaufwand 2012 für die Personalmrückstellungen in Höhe von 163.821,93 Euro. Eine Sonderzahlung der Stadt Köln in entsprechender Höhe (Erträge aus Verlustübernahme) steht dem seit 2010 nicht mehr gegenüber.

Die gesamten Personalkosten sind gegenüber dem Erfolgsplan um rund 15.870 Euro höher ausgefallen.

4. Voraussichtliche Entwicklung

Wie zu erwarten war, hat sich auch im Kalenderjahr 2012 eine Steigerung bei den Beihilfenausgaben ergeben. Diese ist allerdings mit insgesamt 0,9 Millionen Euro trotz leicht gestiegener Antragszahlen moderat ausgefallen.

Die im Jahr 2011 noch offenen vergaberechtlichen Fragestellungen zur Einführung des innovativen Abrechnungsverfahrens BeihilfeNRWplus konnten geklärt werden. Dem Einsatz des Verfahrens hat der Rat der Stadt in seiner Sitzung vom März 2012 zugestimmt. Die Produktivsetzung ist am 18. Juni 2012 erfolgreich umgesetzt worden. Mit dem Verfahren werden alle ab Ende Mai 2012 eingegangenen Beihilfeanträge bearbeitet. Die Umsetzung des AMNOG kann mit der Einführung des Verfahrens weitgehend automatisiert abgewickelt werden.

Der Umzug in das Jakordenhaus konnte mit dem Engagement aller Beteiligten an einem Wochenende problemlos durchgeführt werden. Die durch die einheitliche Unterbringung der Dienststelle in einem Dienstgebäude realisierbaren und teilweise realisierten Synergien sind größer als angenommen. Darüber hinaus konnte die benötigte Fläche aufgrund der mit BeihilfeNRWplus verbundenen Einführung der elektronischen Akte und des damit reduzierten Raumbedarfs wie geplant um etwa 1/3 reduziert werden. Die geplanten Einsparungen bei den Sachkosten in Höhe von 60.000 Euro p.a. werden seit dem Umzug realisiert. Auch im Rahmen der Neuausstattung konnte wegen der Abgabe der Möbel an das Amt 51 und des geringeren Neubedarfs Einsparungen erzielt werden.

Mit der Einführung von BeihilfeNRWplus hat die Kasse ihre Fähigkeit zu interkommunalen Kooperationen gestärkt. Es wurden erste Gespräche mit dem Land zur Übernahme zentraler Funktionen im Sinne eines Servicezentrums beim Einsatz von BeihilfeNRWplus in anderen Kommunen geführt. Die Funktionen sind administrativer Art und umfassen nicht die Übernahme der Beihilfesachbearbeitung. Aufgrund der notwendigen umfassenden Arbeiten beim Land NRW wird sich die Zusammenarbeit erst im Jahr 2013 konkretisieren lassen und in 2014 umsetzbar sein.

Köln, den 26.06.2013

Blaeser
Geschäftsführer

Brodersen
1. stellvertr. Geschäftsführerin
(Job-Sharing)

Paffrath
2. stellvertr. Geschäftsführerin
(Job-sharing)